



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	3
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen.....	6
	Außenpolitik	7
4.	Türkische Zyprioten	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

FES Website mit dem Newsletter Archiv jetzt online

www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Der November begann damit, dass sich die Beziehungen zwischen der UN und den griechischen Zyprioten verschlechterten. Das lag daran, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen beide Seiten dazu aufrief, ein Datum für ein Treffen der beiden Volksgruppenvertreter festzulegen, während beide Seiten versuchten, sich auf eine gemeinsame Erklärung über das Verhandlungsziel zu einigen.

Die griechisch-zyprriotische Seite interpretierte insbesondere eine Reihe von Äußerungen Ban-Ki Moons als ein Ultimatum. Der UN Generalsekretär äußerte sich besorgt über den andauernden Stillstand in Bezug auf die Ausarbeitung eines gemeinsamen Kommuniqués, was die Wiederaufnahme der Friedensgespräche verzögere. Ban-Ki Moon erklärte außerdem, dass diese Hürde bis zur Rückkehr des UN-Sonderbeauftragten Alexander Downer am 8. November überwunden sein sollte. Die von Präsident Anastasiades ausgesprochene Einladung an den türkisch-zyprriotischen Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu zu einem informellen Treffen ohne die Teilnahme der UN, schürte Hoffnungen, dass der momentane Stillstand überwunden und der Weg zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche geebnet werden könnte. Das Treffen am 25. November in der UN-Pufferzone brachte jedoch keine nennenswerten Fortschritte.

Die türkisch-zyprriotische Seite verlangt, dass die beiden föderalen Staaten als ‚Gründungsstaaten‘ in ein neues, wiedervereinigtes Zypern eingehen mit einer eigenen Souveränität und

eigenen Entscheidungsbefugnissen bei Fragen wie z.B. der Staatsbürgerschaft. Die griechisch-zyprriotische Seite wünscht sich einen föderalen Staat, der durch die Umwandlung der derzeitigen Republik Zypern entsteht und zudem bestehen die griechischen Zyprioten auf dem Konzept einer ‚einzigsten Souveränität‘ und einer ‚einzigsten Staatsangehörigkeit‘. Eroglu schlug vor, auf eine gemeinsame Erklärung zu verzichten und sofort in direkte Gespräche über das Kapitel der Regierungsführung und die Aufteilung der Zuständigkeiten zu treten. Das griechisch-zyprriotische Verhandlungsteam verlangt jedoch eine gemeinsam verfasste Erklärung als eine Vorbedingung und möchte die einzelnen Themenblöcke nicht nacheinander und einzeln, sondern übergreifend beraten. Die gemeinsame Erklärung soll eine Grundlage für die Gespräche schaffen, sowie die Vorgehensweise und das gewünschte Endziel festlegen. Ohne eine solche Vereinbarung bliebe der Verhandlungsprozess zu sehr im Vagen. Bei einem Treffen in Brüssel am 27. November konnte sich Präsident Anastasiades die Unterstützung für solch eine gemeinsame Erklärung von Seiten des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barosso, sichern.

Die Zypernfrage war auch ein Thema bei dem Treffen des amerikanischen Außenministers John Kerry und seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu am 18. November. Die Türkei sieht immer noch die Möglichkeit einer schnellen Lösung. Davutoglu appellierte an die griechischen Zyprioten, diese ‚einmalige Chance‘ wahrzunehmen, während der türkische Präsident Abdullah Gül zum wiederholten Male erklärte, dass die Einbindung der Türkei bei

einem Pipelineprojekt, welches israelisches und zypriotisches Gas transportiert, zur Lösung regionaler Fragen wie dem Zypernproblem beitragen würde.

Derweil bezeichnete der türkische Premierminister Tayyip Erdogan die in Zürich zu Monatsbeginn vorläufig getroffene Vereinbarung zwischen dem Zypriotischen Fußballverband (Cyprus Football Association – CFA) und dem Türkisch-Zypriotischen Fußballverband (Turkish Cypriot Football Association – TCFA) zur Vereinheitlichung des zypriotischen Fußballs als einen positiven Schritt in die richtige Richtung.

Das Mandat der Kommission für unbewegliches Vermögen (Immovable Property Commission – IPC) ist um weitere zwei Jahre verlängert worden. Die IPC ist von der Türkei in der ‚TRNZ‘¹ eingerichtet worden, um Eigentumsansprüche der griechisch-zypriotischen Flüchtlinge zu regeln. Somit haben griechische Zyprioten weitere 24 Monate Zeit, einen Antrag auf Regelung ihrer Eigentumsansprüche im Norden zu beantragen. Die Ansprüche können in Form einer Entschädigung, Eigentumsrückgabe oder eines Eigentumstausches durch ein entspre-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international als Regierung für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Der Acquis communautaire ist jedoch im nördlichen Teil Zyperns so lange ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypernproblem gefunden wird (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

chendes türkisch-zypriotisches Eigentum im Süden erfolgen.

Während die politische Eliten auf beiden Seiten der Linie nicht in der Lage sind, sich auf eine gemeinsame Erklärung zu einigen, haben griechisch- und türkisch-zypriotische Aktivisten verschiedener Nichtregierungsaktionen die bikkommunale Famagusta Initiative (BFI) mit der Absicht gegründet, die Region wieder zu beleben. Die Initiative möchte die abgezaunte Stadt Varoscha öffnen, wieder aufbauen und mit Leben füllen.

2. Gasvorkommen

Am 7. November unterzeichneten Zypern und der französische Energiekonzern Total eine vorläufige Vereinbarung über die Entwicklung einer Gasverflüssigungsanlage (LNG-Anlage). Unter dieser nicht-bindenden Absichtserklärung (Memorandum of Understanding – MoU) haben beide Parteien den Austausch von Daten und Einschätzungen zum Bau einer LNG-Anlage nahe Vassilikos vereinbart. Das MoU bezieht sich auf die Pläne von Total, sich bei der Monetarisierung möglicher Gasvorkommen in den Blöcken 10 und 11 zu beteiligen. Dafür gibt es eine Vielzahl von Optionen, wobei jedoch die Verflüssigung und der Export von verflüssigtem Gas nach Europa und Asien an erster Stelle stehen. Total wurden im Februar die Konzessionsverträge zur Exploration und Produktionsaufteilung für die Blöcke 10 und 11 zugesprochen. Erkundungsbohrungen in beiden

Feldern sollen Ende 2014 oder Anfang 2015 durchgeführt werden.

Die Regierung wandte sich außerdem an das italienisch-südkoreanische Konsortium ENI-KOGAS mit der Bitte, in die Verhandlungen zur Vergabe von Gas- und Ölerkundungsbohrungen für die Blöcke 5 und 6 in Zyperns Ausschließlicher Wirtschaftszone (AWZ) einzutreten. Während der zweiten Ausschreibungsrunde, die 2012 begann und im Dezember 2013 endet, unterzeichnete die Regierung Verträge für die Blöcke 2, 3 und 9 mit ENI-KOGAS. Sollte ENI-KOGAS Interesse anmelden, könnte von Seiten der Regierung die Ausschreibungsfrist um weitere sechs Monate verlängert werden, jedoch nur für die Blöcke 5 und 6. Die Blöcke liegen südwestlich von der Insel und befinden sich in einem Gebiet, das nach Auffassung der Türkei Teil ihres Festlandssockels ist. Dies würde die ohnehin angespannte Lage weiter eskalieren, da alle bisher vergebenen Blöcke außerhalb der von der Türkei direkt beanspruchten Gebiete liegen. Ankara hat deutlich gemacht, dass sie auf Aktivitäten in von der Türkei beanspruchten Zonen noch deutlich schärfer reagieren werde als in Blöcken in denen die Türkei als Interessenswahrer der türkischen Zyprioten auftritt. Als Antwort auf die Gespräche mit ENI-KOGAS schickte die Türkei am 22. November drei Forschungsschiffe, um seismologische Untersuchungen nordöstlich der Insel durchzuführen. Diese Gebiet liegt innerhalb der zypriotischen Territorialgewässer d.h. nahe der Südküste der Halbinsel Karpaz und dem Golf von Famagusta, wie auch in einem Bereich, der an die AWZ Zyperns grenzt.

Bei einem Treffen am 8. November zwischen Energieminister Giorgos Lakkotrypīs und seinem libanesischen Amtskollegen Gebran Bassil vereinbarten beide Seiten, die Verhandlungen über ein Abkommen einzuleiten, welches das gemeinsame Management möglicher Gasvorkommen in einem Gebiet, das sich auf die AWZ beider Länder erstreckt, regelt. Nach Auffassung der libanesischen Regierung bezieht sich das zwischen Zypern und Israel geschlossene Abkommen auf umstrittene Hoheitsgewässer, die sowohl der Libanon als auch Israel für ihre jeweilige AWZ beanspruchen. Aus diesem Grund hat das libanesische Parlament das AWZ-Abkommen mit Zypern noch nicht ratifiziert.

Die von der Regierung beauftragte Beratungsfirma ‚Gas Strategies‘ mit Sitz in London, empfiehlt, dass Zypern eine mögliche LNG-Anlage ausschließlich in den Händen privater Investoren lassen sollte. Die Regierung war bis vor kurzem der Meinung gewesen, dass der Staat eine kontrollierende Beteiligung an dem LNG-Projekt haben sollte sowohl aus finanziellen Gründen wie auch aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus. Die Beratungsfirma betonte, dass es für Zypern unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung schwierig sei, die entsprechenden Mittel für ein Projekt im Umfang von 6–8 Milliarden Euro aufzubringen. Ein vorläufiger Bericht des Massachusetts Institute of Technology (MIT) und dem Cyprus Institute (Cyl) kam zu dem Schluss, dass der Bau einer LNG-Anlage bei Vassilikos für Zypern die beste Option sei, da sie mehr Flexibilität biete und die Produktion den wechselnden Gaspreisen und den auf dem Markt bestehenden Kapazitäten angepasst

werden könne, obwohl die Kosten für den Bau einer Anlage jene für eine Pipeline überträfen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im November schloss die Delegation der Troika² ihre zweite Prüfung des zypriotischen Bail-Out-Programms ab. Die Ergebnisse fielen für die Insel positiv aus. Experten warnten jedoch, dass noch harte Zeiten bevorstünden, da das umstrittene Thema der Privatisierung bis Ende dieses Jahres angepackt werden müsse.

Das aktuelle und von der Troika revidierte Memorandum of Understanding (MoU) weist darauf hin, dass Zypern die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Reformen im öffentlichen Dienst und dem Sozialwesen sowie die Einführung eines staatlichen Krankenversicherungssystems umsetzen müsse.

Den Bedingungen des Rettungspaketes zufolge muss Zypern bis 2018 1,4 Milliarden Euro durch Privatisierungen aufbringen. Bis Dezember muss die Regierung einen Plan für die Privatisierung halb-staatlicher Unternehmen vorlegen. Dies ist eine Bedingung für die Auszahlung der nächsten Tranche des Rettungspaketes durch Zyperns internationale Gläubiger. Das MoU bezieht sich ausdrücklich auf die Telefongesellschaft *CyTA*, die Stromgesellschaft *AEC* und die

zypriotische Hafenbehörde *Cyprus Ports Authority*. Gewerkschaften drohten mit Massendemonstrationen, während DIKO und AKEL betonten, dass mit den Privatisierungen eine rote Linie überschritten werde.

Im Hinblick auf die Reformen des öffentlichen Gesundheitswesens muss eine staatliche Krankenversicherung bis Ende 2015 eingeführt werden. Die Regierung muss bis Januar 2014 detaillierte Pläne vorweisen können.

Der Abwärtstrend in der zypriotischen Wirtschaft verlangsamte sich im dritten Quartal aufgrund positiver Entwicklungen im Tourismusbereich. Vorläufigen Daten zufolge schrumpfte die Wirtschaft um 0,8% für die Zeit von Juli bis September. Die Ratingagentur Fitch geht davon aus, dass Zypern in eine tiefere Depression fallen wird, als von den internationalen Gläubigern vorausgesagt und die Insel nicht bereits 2015, sondern erst 2017 ein Wirtschaftswachstum verzeichnen wird. Fitch erwartet nun, dass das BIP 2013 um 7% und nicht, wie ursprünglich angenommen, um 9% schrumpfen wird. Die erste Voraussage der Troika für 2013 beinhaltete die Erwartung, dass die Wirtschaft um 8,7% schrumpft, was jedoch durch das revidierte MoU auf 7,7% verringert wurde. Trotzdem wird die Rezession der Troika zufolge 2014 bei 4,8% und nicht, wie ursprünglich angenommen, bei 3,9% liegen.

Zwischenzeitlich wurden die Bewertung der langfristigen Staatsverschuldung Zyperns von der Ratingagentur *Standard and Poor's* von CCC+ auf B- heraufgestuft. Damit werden die Staatsanleihen aber immer noch als Ramsch

² Die Troika besteht aus Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB).

bewertet und die Republik Zypern bleibt weiterhin von den internationalen Kapitalmärkten ausgeschlossen.

Die *Bank of Cyprus* (BoC) verzeichnete einen Nettoverlust von 1,8 Milliarden Euro für das erste Halbjahr 2013 vor allem aufgrund des erzwungenen Verkaufs ihrer griechischen Anteile. Allein der Verkauf der griechischen Anteile resultierte in einem Verlust von 1,4 Milliarden Euro, bei den Darlehen wurde eine Wertminderung in Höhe von 530 Millionen Euro vorgenommen.

Für den früheren Vorstand der Royal Bank of Scotland (RBS) und neuen Vorstandsvorsitzenden der BoC, John Hourican, ist es eine dringende Aufgabe, die faulen Kredite unter Kontrolle zu bringen. Ein zweiter ehemaliger Vorstand der RBS, Euan Hamilton, wurde von der BoC als Berater eingestellt, um Zahlungsausfälle, Restrukturierungen und die Rückzahlungen von Krediten näher zu beleuchten. Neuen Definitionen der Zentralbank zufolge hatte die BoC einen Anteil von 36% fauler Kredite für das erste Halbjahr 2013.

Die zypriotische Regierung muss möglicherweise eine Strafe von täglich 11.404,80 Euro zahlen, da die Europäische Kommission bei dem Europäischen Gerichtshof eine Beschwerde eingereicht hat, der zufolge die Insel es versäumt hat, die EU-Direktive 2009/28/EU über erneuerbare Energien in nationales Recht umzusetzen.

Angaben der zypriotischen Zentralbank zufolge ging der Kapitalabfluss im Oktober zurück. Die Einlagen nahmen zwischen September und

Oktober um 163 Millionen Euro auf insgesamt 47,312 Milliarden Euro ab. Zwischen August und September hatten sich die Einlagen noch um 925 Millionen Euro verringert.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 15. November starb der ehemalige Präsident Zyperns, Glafkos Clerides, im Alter von 94 Jahren. Clerides, der 1919 zur Welt kam, war eine politische Schlüsselfigur in der Geschichte Zyperns. Clerides wurde geboren als Zypern eine britische Kolonie war und diente im Zweiten Weltkrieg bei der British Royal Air Force, als sein Flugzeug 1942 über Deutschland abgeschossen wurde. Bis Kriegsende wurde er als Kriegsgefangener festgehalten und versuchte mehrere Male zu entkommen. Er ging nach dem Ende des Krieges zurück nach London, wo er 1948 sein Jurastudium am King's College abschloss. 1951 erlangte er seine Anwaltszulassung. Nach seiner Rückkehr nach Zypern, war er von 1955 bis 1960 unter dem Pseudonym ‚Hyperides‘ Mitglied bei der EOKA, einer Organisation, die für die Unabhängigkeit Zyperns von den Briten kämpfte. Clerides nahm 1959 an der Konferenz in London teil, auf der die Unabhängigkeit Zyperns von Großbritannien verhandelt wurde. Während der Übergangsphase bis zur endgültigen Unabhängigkeit Zyperns diente Clerides als Justizminister und war Leiter der griechisch-zypriotischen Delegation des gemeinsamen verfassungsgebenden Komitees. 1960 wurde er zum Parlamentspräsidenten gewählt und behielt dieses Amt bis 1976. Während der ersten Präsidentschaftswahlen Zyperns unterstützte Clerides

Makarios III. gegen seinen Vater, Ioanis Clerides, der sich ebenfalls um das Amt bewarb. Nach dem Militärcoup gegen Präsident Makarios am 15. Juli 1974 durch die griechische Junta und die griechisch-zypriotische, paramilitärische Organisation EOKA-B und die darauf folgende türkische Invasion übernahm Clerides kommissarisch die Aufgaben des Präsidenten, bis Präsident Makarios, der am 16. Juli geflohen war, im Dezember 1974 nach Zypern zurück kam.

1976 gründete Clerides die rechtsstehende Partei DISY und ließ sich insgesamt sechs Mal als Präsidentschaftskandidat aufstellen. Er diente von 1993 bis 2003 als Präsident bis er Tassos Papadopoulos unterlag, auch deshalb, weil Clerides sich für den Annan-Plan ausgesprochen hatte.

Clerides wird weithin als scharfsinniger Staatsmann respektiert und genoss den Ruf eines herausragenden Verhandlungsführers und Gesprächspartners, der eine Reihe heikler Situationen entschärfte.

Die Beziehung zwischen dem viele Jahre an der Spitze der türkischen Zyprioten stehenden Rauf Denktasch und Clafkos Clerides hatte ihren Ursprung in der gemeinsamen Zeit als Anwälte in Großbritannien. Obwohl sich beide auf der persönlichen Ebene respektierten, konnten sie sich auf politischer Ebene nicht einigen.

Clerides, der sowohl von Freunden wie auch politischen Gegnern als ‚wahrer Staatsmann‘ beschrieben wurde, hatte die Politik Zyperns über viele Jahre hinweg mit Humor und Chuzpe geprägt.

Im Bereich des Sports haben die Cyprus Football Association (CFA) und die Cyprus Turkish Football Association (CTFA) am 5. November eine Vereinbarung unterzeichnet, wodurch die CTFA ein Mitglied der CFA in Form eines Vereines nach den Statuten und Regularien der CFA wird. Die CFA wird weiterhin Mitglied der FIFA und der UEFA bleiben und als Dachverband für den zypriotischen Fußball und alle internationalen Veranstaltungen in Zypern zuständig sein. Die beiden Organisationen einigten sich darauf, einen Lenkungsausschuss einzusetzen, um die Vereinbarung umzusetzen.

Außenpolitik

Die Anfrage Russlands, das Flugfeld ‚Andreas Papadopoulos‘ bei Pafos zu mieten, hat bei den Vereinigten Staaten Alarm ausgelöst und die zypriotische Regierung in eine schwierige Lage gebracht. Sowohl Russland wie auch die USA sind daran interessiert, ihren Einfluss auf der Insel geltend zu machen und üben Druck auf die Regierung aus. In dem Versuch, beide Seiten zufrieden zu stellen, wird der Verteidigungsminister Fotis Fotiou wie folgt zitiert: ‚Zypern wird die richtige Entscheidung treffen und immer die nationalen Interessen des Landes berücksichtigen‘ und das, ‚was zählt, ist, dass Zypern strategisch und geopolitisch gestärkt wird und seine stabilisierende Rolle unterstrichen wird‘. Russland versucht eine Lösung für den Fall zu finden, dass seine Truppen nicht mehr in Syrien stationiert sein können. Das Ziel ist es, die militärische Präsenz Russlands im östlichen Mittelmeer beizubehalten. Während des vergangenen Jahres haben russische Kriegs-

schiffe den Hafen von Limassol zum Auftanken benutzt. Gleichzeitig versucht Ägypten, seine Beziehungen zu Russland wieder aufzubauen und zieht den Kauf von russischem Rüstungsgerät in Betracht, nachdem die USA vor kurzem ihre Militärhilfe für Ägypten ausgesetzt hatten.

4. Türkische Zyprioten

Im November dominierten Medienberichte, die über den Stand der Friedensgespräche informierten. Die türkische Seite sprach sich wiederholt für eine Lösung aus, und bestand darauf, dass die Verzögerungen bei der Formulierung einer gemeinsamen Erklärung der Unnachgiebigkeit der griechisch-zypriotischen Führung geschuldet seien.

Hochrangige türkische Regierungsvertreter äußerten ihren Wunsch nach einer Lösung. Entsprechende Aussagen von Präsident Abdullah Gül, Premierminister Tayyip Erdogan, Außenminister Ahmet Davutoglu und EU-Minister Egemen Bagis anderen brachten im November das Interesse der Türkei an einer schnellen Lösung zum Ausdruck. Die Aussagen beinhalteten aber auch den leicht zu durchschauenden Versuch, den EU-Beitritt der Türkei von der Vorbedingung einer Lösung des Zypernproblems zu entkoppeln, da eine Lösung äußerst schwierig erscheint. Unterdessen wurde im November das Kapitel Regionalpolitik der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei eröffnet.

Mittlerweile versuchte die türkisch-zypriotische Führung das Interesse der internationalen

Gemeinschaft an der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den eigenen Positionen zu verbinden. Der türkisch-zypriotische Präsident Dervisch Eroglu nutzte die Aussagen des UN-Generalsekretärs, wonach jener sich besorgt über die Verzögerung bei der Aufnahme formaler Gespräche zeigte. Gleichzeitig lehnte der türkisch-zypriotische Vertreter Modelle, die auf einer Umwandlung der bestehenden Republik Zypern in einen föderalen Staat basieren, ab. Dieser Standpunkt bezieht sich auf die Meinungsverschiedenheit beider Seiten über eine ‚jungfräuliche Geburt‘ in Bezug auf die Staatennachfolge. Der türkische Standpunkt, wonach eine neue ‚Partnerschaft‘ auf der Basis zweier bereits bestehender Staaten entstehen sollte, steht im Gegensatz zur griechisch-zypriotischen Position einer Umwandlung der bestehenden Republik Zypern in ein föderales Staatswesen.

Vor diesem Hintergrund gab es einige subtile Unstimmigkeiten auf der türkischen Seite. Das unerschütterliche Bekenntnis zu einer föderalen Lösung von Seiten des türkisch-zypriotischen Außenministers Özdil Namir war nicht zu überhören. Im November informierte er die Öffentlichkeit über die Entwicklungen und seine Sicht der Verhandlungen.

Angesichts des Verhandlungsstillstandes waren die Erwartungen auf der Seite der türkischen Zyprioten groß, als der UN-Sondergesandte Alexander Downer Anfang November in Zypern eintraf. Trotz der diplomatischen Intervention konnte kein Durchbruch erzielt werden.

Eroglu bestand darauf, dass die Verhandlungen dort fortgesetzt werden sollten, wo sie abgebrochen worden waren (hier war er der gleichen Meinung wie Ban-Ki Moon) während er gleichzeitig behauptete, dass eine Einigung über die genaue Terminologie in der gemeinsamen Erklärung problematisch geworden sei.

Trotz Eroglus Haltung unterstützte Downer im Kern die Position des griechisch-zypriotischen Präsidenten Nicos Anastasiades dahingehend, dass eine gemeinsame Erklärung notwendig sei. Die türkisch-zypriotische Seite drängte die UN von einer gemeinsamen Erklärung abzusehen und betonte, dass es wichtiger sei, einen von der UN bestimmten Zeitpunkt für ein Treffen mit Anastasiades zu bestimmen.

Da sich die Verhandlungsführer für Eroglu und Anastasiades, Osman Ertug bzw. Andreas Mavroyiannis, im November nicht auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten, führte dies zu Initiativen auf anderen Ebenen. So trafen sich z.B. Vertreter der regierenden Republican Turkish Party (CTP) und der Democratic Rally Party (DYSI) von Präsident Anastasiades, um die Zypernfrage zu diskutieren. Dabei sprach sich der türkisch-zypriotische Premierminister Özkan Yorgancıoğlu für eine ‚einheitliche Souveränität‘ und andere Elemente einer möglichen gemeinsamen Erklärung, die Eroglu und Anastasiades nicht zustande gebracht hatten, aus. Zwischenzeitlich intervenierte der ehemalige türkisch-zypriotische Präsident Mehmet Ali Talat und erklärte, dass eine gemeinsame Erklärung eine notwendige Vorbedingung sei, da die türkisch-zypriotische Seite zwar abgeneigt, die internationale

Gemeinschaft jedoch dafür sei. Da eine gemeinsame Erklärung Ende November unrealistisch erschien, vereinbarten Eroglu und Anastasiades ein gemeinsames Abendessen für den 25. November. Das Treffen führte jedoch nicht zu einem Durchbruch.

Eine wichtige Entwicklung war die Vereinbarung zwischen den griechisch- und türkisch-zypriotischen Fußballverbänden, wonach türkisch-zypriotische Fußballclubs Mitglied internationaler Organisationen wie FIFA und UEFA werden, wobei der türkisch-zypriotische Verband der griechisch-zypriotischen Vereinigung beitrifft. Die Vereinbarung muss noch von den jeweiligen Vorständen unterschrieben werden.

Die Vereinbarung wurde mit Freude, aber auch Zurückhaltung aufgenommen. Nachdem einige Politiker Einwände geltend machten, sah sich der Präsident des Türkisch-Zypriotischen Fußballverbandes (KTFF) gezwungen, einige wichtige Punkte des Vertrages noch einmal zu verhandeln. Sogar Özdil Nami war der Ansicht, dass einige Artikel der Vereinbarung noch einmal verhandelt werden müssten. Kurzum, die Koalitionsregierung war weder in besonderem Maße für noch gegen die Vereinbarung. Die griechisch-zypriotische Seite war jedoch nicht bereit, die Bedingungen noch einmal zu verhandeln. Die KTFF stand daher unter politischem Druck, die Vereinbarung abzulehnen.

Das Hin und Her wurde schließlich durch eine positive Stellungnahme Tayyip Erdogans beendet. Kurz darauf reiste Serdar Denktasch, Vize-Premierminister und Minister für Sport, nach Ankara und traf dort seinen türkischen

Amtskollegen, um das Thema zu besprechen. Aufgrund von Erdogans Stellungnahme war das Ergebnis des Treffens absehbar, obwohl Denktasch öffentlich gegen das Abkommen war. Die KTFF konnte daher letztendlich die Vereinbarung unterzeichnen.

Am 15. November jährte sich die Unabhängigkeitserklärung der ‚TRNZ‘ zum 30. Mal. Die Feiern zum Jahrestag waren jedoch zurückhaltend und weder Gül noch Erdogan waren zugegen.

Innenpolitisch wurde die Regierung dafür kritisiert, ihre Wahlversprechen nicht einzuhalten. Die Türkei übte Druck auf die Regierung aus, die bereits von der Vorgängerregierung beschlossenen Austeritätsmaßnahmen durchzuführen. Gleichzeitig stand sie vor dem Problem, wie sie mit den Schulden des öffentlichen Bereichs verfahren soll. Insbesondere die Entscheidung, die Strompreise um fast 30% zu erhöhen, führte zu einem öffentlichen Aufschrei. Während vorherige Regierungen die Privatisierung des staatlichen Stromunternehmens KIB-TEK in Betracht gezogen hatten, entschied die von der CTP geführte Regierung, die Stromproduktion mit Hilfe erhöhter Strompreise zu subventionieren.

Diese Entscheidung von Premierminister Yorgancioglu rief nicht nur Kritik von außen, sondern auch interne Missbilligung von Seiten der Parteimitglieder hervor. Die CTP plant einen Parteitag Anfang Dezember, auf dem der Vorsitzende Yorgancioglu von dem Generalsekretär der Partei, Asim Akansoy, herausgefordert wird. Die vermeintlichen Fehler der Regierung wer-

den voraussichtlich ein Teil der Debatte sein. Zwischenzeitlich haben eine Reihe von Anwälten und Experten, wie z.B. der bekannte CTP-Abgeordnete Turan Erhurman, betont, dass die Erhöhung verfassungswidrig sei und rückgängig gemacht werden müsse. Vor dem Hintergrund öffentlicher Proteste wurden Verfassungsklagen gegen die Preiserhöhung eingereicht.

Eine der dringendsten Aufgaben der türkisch-zypriotischen Regierung war die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2014. Finanzminister Zeren Mungan besprach in Ankara Anfang November eine Reihe verschiedener Punkte in Bezug auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Türkei. Mungan gilt als liberal und Befürworter der vorgeschlagenen Maßnahmen – im Gegensatz zu der Mehrheit der Basis der CTP-geführten Regierung.

Während der darauf folgenden Haushaltsdebatte im Parlament schlug der mit Wirtschaft, Finanzen, Haushalt und Planung beauftragte Ausschuss ein Budget in Höhe von 3,78 Milliarden Euro für das Jahr 2014 vor. Der Ausschuss wird von Birikim Özgür, dem Sohn des verstorbenen Özker Özgür, geleitet. Birikim Özgür gilt, anders als sein Vater, als liberal und an Wirtschaftsreformen interessiert. Daher wurde dem Ausschuss gesagt, dass die öffentliche Verschuldung der ‚TRNZ‘ doppelt so hoch sei, wie in den Maastricht-Kriterien veranschlagt. Der Haushaltsentwurf sei demnach auf eine Reduzierung der öffentlichen Verschuldung ausgelegt. Die Türkei wurde als ein positives Beispiel für eine Minderung der öffentlichen Verschuldung angeführt.

Der Haushaltsentwurf für 2014 sieht ein Defizit von etwa 356 Millionen Türkischen Lira vor. Finanzminister Mungan bestand jedoch darauf, dass es keine Steuererhöhungen geben werde. Die Regierung ist bestrebt, die Ausgaben zu begrenzen und plant daher für 2014 nicht mehr als 360 Neueinstellungen im öffentlichen Dienst. Die Gehälter sind mit 1,23 Milliarden Türkischen Lira der größte Ausgabenposten. Daher seien Einsparungen an dieser Stelle von äußerster Wichtigkeit.

Unterdessen prognostizierte die Regierung ein Wirtschaftswachstum von 4% für 2014. 2009 schrumpfte die Wirtschaft der ‚TRNZ‘ um 5,5%, gefolgt von einem schwachen Wachstum. 2013 lag das Wirtschaftswachstum bei 2,2%, das BIP wurde mit 7,6 Milliarden Türkischen Lira veranschlagt, während für 2014 mit einem BIP von 8,5 Milliarden Türkischen Lira gerechnet wird.

Während des Parteitags der Communal Democracy Party (CDP) wurde Cemal Özyigit zum neuen Parteivorsitzenden gewählt und löste somit Mehmet Cakici ab, der Anfang 2013 relativ niedrige Umfragewerte erhalten hatte.

Das FES-Newsletterteam und das FES-Büro auf Zypern wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute für 2014.



5. FES Zypern Veranstaltungen

Dezember

Montag 2. Dezember 2013, 19:00

UNESCO CHAIR/The Cyprus Center for
Intercultural Studies/University of Nicosia/FES

Konferenz

**Multicultural Cyprus:
The Armenian Community**

Cine Studio, University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltung



Montag 2. Dezember 2013, 16:00 – 18:00
POST RI/FES

Buchvorstellung

Representation of History and Peace Education

Cyprus Community Media Centre - CCMC
(in der UN Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag 19. Dezember 2013, 14:00
POST RI/KTOS/FES

Workshop

**Peace Education and Gender Workshop for
Women Educators**

KTOS Headquarter, Nikosia
Öffentliche Veranstaltung



Samstag 7. December 2013, 15:00 – 19:00
INDEX/PCC/FES

Konferenz

The State We are in

Hilton Park Hotel, Nikosia
Öffentliche Veranstaltung



Januar 2014



Montag 13. Januar 2014, 19:00
GOETHE INSTITUT ZYPRISCH-DEUTSCHER
KULTURVEREIN/FES

Film

Erinnerungen an Willy Brandt

Sprache: Deutsch mit englischen Untertiteln

Goethe Institut Zypern, Nicosia
(in der UN Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



Montag 16. Dezember 2013, 10:00 – 15:00
GAT CYPRUS/PCC/FES

Konferenz

Gender & Law: Citizenship Workshop II

Home for Cooperation, Nikosia
(in der UN Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Web-Seite (ab Oktober): www.fescyprus.org

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros, Christoph Lokotsch und
Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com